



EESC info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

April 2021 | DE

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT



Grußwort

Dies ist unser Moment!

Liebe Leserinnen und Leser!

Am 9. Mai, dem Europatag, fällt dieses Jahr der Startschuss für die lang erwartete Konferenz zur Zukunft Europas. Sie ist nicht nur eine einzigartige Gelegenheit für eine breit angelegte Debatte darüber, wie sich die EU weiterentwickeln sollte, sondern bietet auch die Chance, dass die Bürgerinnen und Bürger - auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene - das

europäische Projekt wieder aktiv mitgestalten. Ich möchte es Ihnen ans Herz legen, diese Gelegenheit zu nutzen.

Der EWSA als Haus der organisierten Zivilgesellschaft setzt sich bereits seit langem für eine Reform Europas durch die stärkere Einbindung seiner Bürgerinnen und Bürger ein. Ich bin überzeugt, dass das Zusammentreffen der „Brüsseler Blase“ und der Bürgerinnen und Bürger originelle und zugleich konkrete Ideen für die Zukunft hervorbringen kann.

Damit dieses Potenzial zur vollen Entfaltung kommt, müssen wir uns davor hüten, den Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger vorzugreifen. Die Diskussionen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas müssen offen für unkonventionelle Denkansätze sein. In keiner Diskussionsrunde sollte bereits zu Anfang ein bestimmtes Ergebnis vorausgesetzt werden.

Die Zukunft Europas verlangt außerdem nach einem neuen, positiven Narrativ. Wir müssen beweisen, dass Europa ein großartiger Ort ist, wo alle Menschen die Chance haben, ihr Leben auf der Grundlage gemeinsamer Werte so zu gestalten, wie sie es wollen. Die Menschen in den USA sind stolz auf ihren amerikanischen Traum. Ich denke, es ist an der Zeit, dass die Europäer endlich beginnen, ihren eigenen Lebensstil und die damit verbundenen Vorteile zu genießen und zu schätzen.

Aufgrund der COVID-19-Maßnahmen findet der offizielle Auftakt der Konferenz in Straßburg im Hybridformat statt. Wir können bereits jetzt davon ausgehen, dass die meisten Aktivitäten im Zusammenhang mit der Konferenz - zumindest anfänglich - in diesem Format stattfinden.

Aufgrund der Pandemie weist die Konferenz zur Zukunft Europas jetzt eine prominente digitale Dimension auf. Paradoxerweise wird sie hierdurch für die normalen Bürgerinnen und Bürger leichter zugänglich, und zwar insbesondere über die digitale mehrsprachige Plattform. Ich möchte Sie alle einladen, dieses Instrument zu nutzen - entweder zur Teilnahme an einer der geplanten Veranstaltungen, zur Organisation Ihrer eigenen Debatte oder zum Austausch von Ideen zur europäischen Integration. Die Zukunft Europas liegt in unseren Händen!

Christa Schweng

Präsidentin des EWSA

BITTE VORMERKEN

7. Mai 2021, Porto

Sozialgipfel

9. Mai 2021,

Europatag 2021 und offizielle Eröffnung der Konferenz zur Zukunft Europas

9./10. Juni 2021, Brüssel

EWSA-Plenartagung

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an ...“ sprechen wir mit EWSA-Fachgruppenvorsitzenden über ein Thema von besonderer Aktualität.

In der April-Ausgabe bitten wir den Vorsitzenden der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI), **Pietro Francesco De Lotto**, uns seine Sicht des industriellen Wandels und des Grünen Deals zu erläutern.



„Ökowende und Digitalisierung führen zu mehr Resilienz, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit“

EWSA info: Wie und bis wann kann der Übergang zu einer umweltfreundlicheren, stärker kreislaforientierten und digitalisierten Wirtschaft bewerkstelligt werden, um die Ziele des

Grünen Deals der Europäischen Kommission zu erreichen? Und welche Rolle spielen Rohstoffe dabei?

Pietro Francesco De Lotto, Vorsitzender der CCMI: Unabhängig davon, ob wir von einer vierten, fünften oder gar sechsten industriellen Revolution sprechen – die öffentliche Debatte bleibt kaum aus. Trotz

der unterschiedlichen Ansichten zu diesem Thema steht fest, dass unsere Industrie eine tiefe Wandlung durchläuft, die eine doppelte Herausforderung beinhaltet: grüner und kreislauforientierter zu werden und zugleich den Sprung in das digitale Zeitalter zu schaffen. Es ist eine Revolution, die durch eine Vielzahl von Faktoren geformt wird: öffentliche Meinung, Verbraucherempfinden, Streben nach globaler Wettbewerbsfähigkeit und notwendige Anpassung an neue Formen der Arbeit usw.

Und wie bei jeder Revolution wird am Ende ein radikaler Wandel stehen. In unserem Fall bedeutet dies hoffentlich eine europäische Industrie, die aus der Ökologisierung und Digitalisierung einen Wettbewerbsvorteil auf den Weltmärkten macht. Dieser Prozess läuft bereits seit Jahren. Allerdings braucht es die öffentlichen Stellen, um diese Transformation so zu lenken, dass alle Unternehmen, Arbeitnehmer und Regionen in Europa partizipieren können.

Die Eindämmung des Klimawandels und die Nachhaltigkeitsziele sind eindeutig wesentliche Säulen des Handelns der EU. Allerdings müssen wir darauf achten, dass sie von allen Teilen der Gesellschaft und der Industrie immer mehr als Chance und nicht als Belastung wahrgenommen werden. Der europäische Grüne Deal, der Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft, die neue Industriestrategie für Europa (und ihre bevorstehende Aktualisierung) sowie alle damit verbundenen Tätigkeiten und Rechtsvorschriften sind wesentliche Instrumente, um diese Debatten europaweit in Alltagsrealität zu verwandeln. Niemand darf bei diesen gemeinsamen Anstrengungen zurückgelassen werden.

Rohstoffe, und insbesondere die kritischen Rohstoffe, stehen im Mittelpunkt dieses Prozesses. Die Digitalisierung und Ökologisierung der Industrie und Gesellschaft in der EU erfordert Technologien, die nicht ohne Rohstoffe auskommen. Um als Beispiel nur einmal die Windkraft zu nennen: Sie wird mit Turbinen erzeugt, die u. a. Seltenerdmetalle enthalten. Die EU ist für die Versorgung mit diesen Elementen zu fast 100 % auf China angewiesen. Ähnlich sieht es bei vielen Technologien aus, die für den ökologischen und digitalen Wandel von wesentlicher Bedeutung sind, von Batterien zur Photovoltaik, von der Robotik bis hin zu Brennstoffzellen. In den vergangenen Monaten ist diese Achillesferse immer mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Bewusstseins gerückt: Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die Industrie und die Gesellschaft in der EU insgesamt mehr Resilienz und strategische Autonomie brauchen, was u.a. Impfstoffe, Arzneimittel und Medizingeräte einschließt.

Der Aktionsplan für kritische Rohstoffe der Kommission, den die CCMI unlängst in einer EWSA-Stellungnahme behandelt hat, ist ein gutes Instrument, um einerseits auf die derzeitige Problemlage zu reagieren und andererseits die Weichen für die Bewältigung von Problemen zu stellen, die in der Zukunft auf uns zukommen können.

Um die Frage noch deutlicher zu beantworten: Wir wollen den grünen und digitalen Wandel der EU-Industrie. Aber wir wollen nicht, dass unsere Industrie und unsere Gesellschaft von einer Abhängigkeit (etwa von bestimmten fossilen Brennstoffen) in eine andere totale Abhängigkeit von bestimmten kritischen Rohstoffen geraten. Um dies zu vermeiden und sicherzustellen, dass der ökologische und digitale Wandel zu mehr Resilienz, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit führt, müssen wir in Forschung und Entwicklung, nachhaltigen heimischen Bergbau, die Rückgewinnung wertvoller Materialien aus Abfällen und den multilateralen fairen Wettbewerb investieren. Nur so können die grüne und die digitale Revolution erfolgreich sein und der Industrie und der Gesellschaft in der EU insgesamt zugutekommen.

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Überraschungsgast

Jeden Monat stellen wir einen Überraschungsgast vor. Es handelt sich dabei um eine Persönlichkeit, die ihren Standpunkt zu aktuellen Ereignissen darlegt, frischen Wind hereinbringt und so unseren Horizont erweitert, uns inspiriert und uns neugierig auf die Welt von heute macht. In dieser April-Ausgabe dürfen wir die

Schauspielerin, Schriftstellerin und Regisseurin Aurélie Vauthrin-Ledent begrüßen: Sie fordert uns auf, die Kultur zu retten, die für unser Leben eine so wesentliche Rolle spielt.

Die Französin **Aurélie Vauthrin-Ledent** lebt und arbeitet in Belgien. Sie hat verschiedene Abschlüsse an der Universität Sorbonne (in darstellender Kunst) sowie am regionalen Nationalkonservatorium Rouen (heute: CRR) und am Königlichen Konservatorium Brüssel (in Schauspielkunst) gemacht und ist als Schauspielerin, Regisseurin, Bühnenbildnerin, Liedermacherin, Intendantin und Festivalleiterin tätig. Im Theater spielt sie klassische und zeitgenössische Rollen unter der Regie von Peggy Thomas, Alexis Van Stratum, Renaud de Putter, Jamal Youssfi, Audrey Marsin, Charlie Degotte oder Thierry Robrechts.

2014 schrieb sie das Stück „Cerise à l'eau-de-vie“ und inszenierte es am Théâtre de la Vie in Brüssel.

2016 hatte sie am Théâtre Le Public die Hauptrolle im Stück „L'échange“ von Paul Claudel, für das Peggy Thomas Regie führte. In der Spielzeit 2016/2017 entwickelte, koordinierte und leitete sie am Théâtre des Doms in Avignon die vom Direktor des Theaters initiierte Schreibwerkstatt Francophonique II.

Im Januar 2020 brachte sie das Stück „Les Corbeaux“ von Henry Bèque auf die Bühne des Théâtre de la Vie und hatte darin auch eine Rolle.

Seit 2016 textet, komponiert und singt sie unter dem Namen La Chouette et les Oiseaux de nuit.

2016 rief sie am Théâtre de la Vie in Brüssel das multidisziplinäre Festival Tri-Marrant ins Leben und übernahm die künstlerische Leitung und Programmgestaltung. 2018 wurde das Festival erweitert und zu einer zweijährlichen Veranstaltung umgestaltet. Im Juni 2020 sollte es zum dritten Mal stattfinden, musste aber wegen der COVID-19-Pandemie auf Juni 2022 verschoben werden.

Im April 2020 gründete sie ein neues Verlagshaus für das französischsprachige Theater in Belgien, „Les Oiseaux de Nuit“, dessen redaktionelle, künstlerische und administrative Leitung sie innehat.



Aurélie Vauthrin-Ledent: Die Kultur ist systemrelevant – ohne Zweifel!

Seit meiner Geburt vor 40 Jahren, am 28. März 1981, wurde die Kultur noch nie so häufig mit dem Begriff „systemrelevant“ assoziiert wie in der gegenwärtigen Gesundheitskrise, die gleichzeitig eine Wirtschaftskrise ist. Es steht außer Frage, dass diese Krise zu einem vielfältigen Paradigmenwechsel führen

wird. Grundüberzeugungen geraten ins Wanken - und dies in allen Gesellschaftsbereichen.

Der Begriff „systemrelevant“ fand erstmals Verwendung, nachdem wir, die Kulturschaffenden, zunächst als „nicht systemrelevant“ eingestuft worden waren. Und eben weil wir als „nicht systemrelevant“ kategorisiert wurden, wuchs eine Bewegung heran, die unaufhaltsam und unerbittlich tiefgreifende und umfassende Erkenntnisprozesse in Gang gesetzt hat.

Und ja! Unerwarteterweise findet sich die Kunst- und Kulturszene, die hinter die Kulissen und ins Dunkel gedrängt wurde, nunmehr im Scheinwerferlicht wieder, was einen merkwürdigen, ja sogar bitteren Beigeschmack hat.

Ich bin eine Frau der Kultur. Ich nähre mich von ihr und ich schaffe sie. Ich bin SchauspielerIn, SängerIn, RegisseurIn, SchriftstellerIn, Theater- und FranzösischdozentIn, HerausgeberIn von Werken für das französischsprachige Theater in Belgien, FestivalleiterIn, und ich habe eine Vorliebe für bildende Kunst, Szenografie, Bewegungskunst und Tanz. Ich habe keine Angst davor, die Ärmel hochzukrempeln, um zu „malochen“, und manchmal auch „Aushilfsjobs“ anzunehmen – Jobs, die häufig in unserer Gesellschaft als minderwertig gelten. Ich habe keine Angst davor zu arbeiten. Eben das hat mich geprägt. Das ist der wichtigste Wert, den mir meine Eltern vermittelt haben. Mein dritter Elternteil aber ist die Kultur. Die Kultur hat mich zu dem gemacht, was ich bin, sie hält mich zusammen und hat zu tiefgreifenden Veränderungen beigetragen: Weiterentwicklungen, inneren Revolutionen und Umwälzungen. Kurzum: Die Kultur hat meinen Geist, aber vor allem mein Herz geöffnet. Die schönsten Reisen in meinem Leben verbrachte ich beim hingebungsvollen und emotionalen Spiel eines Cellos, bei einer Shakespeare-Aufführung vor hingerissenen Zuschauern, beim Entdecken unermesslicher und unergründlicher Gemälde in einem Museum oder anderswo. Und was ist mit dem ganzen, wunderbaren Universum des Theaters? Dieses Universum lässt sich nicht auf eine Inszenierung oder einen Text reduzieren, denn es ist vielfältig und vielschichtig: Es reicht vom Marionettenspiel über die Wort- und Bewegungskunst bis hin zur Improvisation. Innerhalb des Theaters gibt es so viele Fachbereiche und Untergattungen wie in der Medizin.

Natürlich befinden wir uns seit einem Jahr im Stillstand. Das Leid unseres Berufsstands ist himmelschreiend. Da ist zum einen das moralische, zum anderen das wirtschaftliche Leid der darstellenden Künstlerinnen und Künstler, die zur Untätigkeit verdammt sind und sich in einer schweren finanziellen Krise befinden. Die darstellenden Berufe sind viel zu wenig bekannt, aber ihre Palette ist groß. Autoren, Regisseure, Schauspieler, Kostümbildner, Dramaturgen, Licht- und Tontechniker, Bühnenbauer, Szenografen, Maskenbildner, Assistenten – und alle, die in den Bereichen der Vor- und Nachproduktion tätig sind: Verbreitung, Kommunikation, Werbung, Empfang der Zuschauer, Reservierung und vieles mehr...

Und vielleicht noch wichtiger, gilt es, auch das Leid des Publikums – der Menschen – zu berücksichtigen. Diese Menschen, denen nur noch Netflix oder Bücher bleiben, entscheiden sich allzu schnell für die bunten Bilder, also für die leichte Einheitskultur. Es steht ja nur noch die Isolation zur Wahl, Austausch und Öffnung sind nicht mehr möglich – keine Momente des Lachens und Träumens, keine fernen Reisen gemütlich im roten Samtessel sitzend.

Und dann noch der ungestillte Hunger nach neuen Erfahrungen – denn die Kultur erteilt ja die besten Lebenslektionen!

Aber vor allem werden unsere Kulturberufe, jetzt mit dem omnipräsenten Begriff „systemrelevant“ assoziiert, weil uns die politischen Entscheidungsträger zunächst ungerechterweise den negativen Stempel „nicht systemrelevant“ aufgedrückt haben. Heute bin ich weit davon entfernt, mich aufzulehnen, sondern habe diese verrückte Hoffnung – wie jede Hoffnung doch irgendwie verrückt ist –, diese unerschütterliche

Hoffnung, dass alle Normalsterblichen in naher Zukunft endlich und endgültig begreifen, dass derjenige, der „Kultur“ sagt, auch und vor allem „systemrelevant“ meint.

Man wollte uns begraben und hat uns gerade so zu neuem Leben erweckt, die Kultur ist heute lebendig wie nie zuvor... die Zukunft wird es uns beweisen, daran glaube ich felsenfest, davon bin ich überzeugt. Am Ende dieser Krise wird nichts, was die Kultur betrifft, jemals wieder abgewertet werden.

Aurélie Vauthrin-Ledent



[Le vieux poète parle doucement](#)

Nous avons le plaisir de vous présenter à nouveau une série de haïkus, sous le titre commun "**Le vieux poète parle doucement**", que nous a offerts leur auteur, **Herman van Rompuy**, ancien président du Conseil européen.

Herman van Rompuy: *Le vieux poète parle doucement*

Celui qui a vu le soleil

Ne s'habitue jamais vraiment au froid

Un fils du soleil

XXX

L'envie et le désir

des fleurs et des bourgeons

du sourire du printemps

XXX

Prunus blancs

Des arbres nus jaloux

Des couleurs colorent la vie



The old poet speaks gently

We are pleased to present a new selection of haikus by **Herman Van Rompuy**, former President of the European Council, as part of our series "The old poet speaks gently".

The haikus were originally written in French.

Herman van Rompuy: The old poet speaks gently.

He who has seen the sun

Never really gets used to the cold

A son of the sun

XXX

The longing and the desire

for flowers and buds

for the smile of spring

XXX

White prunus

Trees naked jealous

Colours colour life

EWSA



„Die Mitgliedstaaten arbeiten mit Hochdruck an den nationalen Plänen – es bleibt aber noch viel zu tun, bevor sie ausgereift sind.“

In einer Debatte auf der EWSA-Plenartagung am 25. März 2021 erklärte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der

Europäischen Kommission für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, dass sich die meisten nationalen Aufbau- und Resilienzpläne noch im Frühstadium befinden. Es müsse noch viel getan werden, bevor diese Pläne ausgereift sind. Er verwies außerdem auf die Schlüsselrolle der Handelspolitik für die Erholung der europäischen Wirtschaft.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** eröffnete die Debatte mit dem Hinweis darauf, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten rasch und energisch auf die Krise reagiert hätten. Der EWSA hoffe nun, dass *NextGenerationEU* und die Aufbau- und Resilienzfazilität zügig und effizient umgesetzt würden.

Sie verwies ebenfalls auf die Forderung des EWSA nach einem [wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmen](#) für wirtschaftliche Erholung und Wohlstand, der im Einklang mit den wirtschaftlichen Realitäten nach der derzeitigen Krise stehen müsse. Der EWSA sei bereit, über die Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung zu sprechen. Sie schlug dafür eine gemeinsam von EWSA und Kommission auszurichtende Konferenz der Interessenträger vor.

In Bezug auf die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne erklärte **Kommissionsmitglied Dombrovskis**, dass 23 der 27 EU-Länder die Kommission darüber informiert haben, was sie in die Pläne aufnehmen wollen. „Schnelles Handeln ist das Gebot der Stunde, damit die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität so rasch wie möglich fließen können. Doch über all dem darf die Qualität nicht vergessen werden.“ Es gebe **noch viel zu tun**, bevor die Pläne vorlage- und genehmigungsreif sind. Dombrovskis verwies auf drei Hauptbereiche, in denen er noch Handlungsbedarf sieht: Audit- und Kontrollsysteme, glaubwürdige Kostenschätzungen, Nachverfolgung der Ausgaben für Klima und Digitales, Grundsatz der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen.

Bei der Umsetzung der Pläne komme es in jeder Phase auf die Flankierung durch die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft an. Er dankte dem EWSA für die fundierte Bestandsaufnahme zur rechten Zeit im Rahmen seiner [Entscheidung zur Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne](#).

Zum internationalen Handel merkte **Präsidentin Schweng** an: „Die EU muss an einem regelbasierten multilateralen Handelssystem und offenen, gerechten, inklusiven und berechenbaren Rahmenbedingungen für den internationalen Handel festhalten.“ Der EWSA möchte konstruktiv zu der Analyse beitragen, indem er bewährte diesbezügliche Verfahren in einer Initiativstellungnahme, die bis September verabschiedet werden soll, zusammenstellt.

Abschließend bekundete **Präsidentin Schweng** die Hoffnung des EWSA, dass die EU in der Lage sein wird, Impulse für eine neue Zusammenarbeit und mehr Kohärenz zwischen der Welthandelsorganisation (WTO) und anderen internationalen Organisationen – wie die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) – setzen zu können, darunter etwa bei Themen wie Handel und Investitionen, menschenwürdige Arbeit, Sozial- und Menschenrechte und Klimawandel.

Kommissionsmitglied Dombrovskis teilte die Sicht, dass die Erholung und die Sicherung von Europas Wohlstand am besten mit fortgesetztem Handel mit unseren globalen Partnern zu bewerkstelligen ist. In Bezug auf die institutionelle Reform der WTO sei es das Ziel der Kommission, die WTO als Forum für die Bewältigung der dringendsten globalen Probleme von heute (darunter die Pandemiefolgen, ökologische und soziale Nachhaltigkeit, Vorschriften für den digitalen Handel, Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken) neu aufzustellen. (na)



#YEYS2021: Die junge Generation Europas stellt sich der Herausforderung des Klimawandels

Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen aus ganz Europa legten Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission, konkrete Vorschläge vor, die aus einem vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss ausgerichteten virtuellen Jugend-Klimagipfel am 18./19. März 2021 hervorgegangen waren.

„Junge Europäerinnen und Europäer haben ein Mitspracherecht an der Zukunft der EU: Ohne Ihre Aufrufe, zu handeln, hätten wir heute keinen [europäischen Grünen Deal](#)“, so **Timmermans** bei der Eröffnung der Veranstaltung [Your Europe Your Say 2021](#) (YEYS). „Ich bin tief beeindruckt von Ihrem umfassenden Verständnis des Problems des Klimawandels und von der Art und Weise, wie Sie mir Ihre Vorschläge präsentiert haben. Genau so müssen wir miteinander umgehen und einander verstehen: Es ist extrem schwierig, eine Person zu hassen, die wir verstehen können“, erklärte Timmermans abschließend.

Nach zwei Tagen lebhafter Online-Debatten in 45 parallelen virtuellen Verhandlungsräumen erarbeiteten die über 234 16- bis 18-jährigen Schülerinnen und Schüler aus 28 Ländern praktische Empfehlungen, die sie in einem abschließenden Plenum vorstellten.

Die Teilnehmer mussten im Rahmen einer nachgestellten [Klimakonferenz der Vereinten Nationen](#) (COP) die Rolle verschiedener Interessengruppen übernehmen und mit anderen Gruppen zusammenarbeiten, um einen Plan zur Begrenzung der Erderwärmung auf ein sicheres Niveau von deutlich unter 1,5° C bis zum Ende des Jahrhunderts zu erarbeiten. Die Gruppen repräsentierten reale Sektoren und Wirtschaftszweige, deren Aktivitäten und Entscheidungen sich auf die Erderwärmung auswirken.

Die [Vorschläge](#) umfassten:

- Pflanzen von Stadtbäumen und Anlegen vertikaler Gärten
- Ein ökologisches „Manhattan-Projekt“ für die EU mit umfangreichen Investitionen in neue Technologien
- Verstärkte Investitionen in Bildung für die breite Öffentlichkeit
- Umsetzung maßgeschneiderter Strategien, die den spezifischen Gegebenheiten eines jeden Landes entsprechen
- Förderung der Aufforstung als eine der wirksamsten langfristigen Lösungen für den Kohlenstoffabbau
- Nutzung von Wasserstoff und Biogas sowie Ausstieg aus fossilen Brennstoffen
- Überwindung der Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

In dem von den jungen Europäerinnen und Europäern erstellten und von acht Teilnehmern vorgestellten endgültigen Plan wurde ein Temperaturanstieg von + 1,4° C bis 2100 prognostiziert. Damit wurde das Ziel der Übung erreicht.

Cillian Lohan, EWSA-Vizepräsident für Kommunikation, schloss die Veranstaltung mit diesen Worten: „Ich hoffe, dass die Erfahrung von YEYS Ihren Wunsch gestärkt hat, aktive Bürger zu sein. Eine starke Demokratie braucht Ihre Mitwirkung. Die Jugendbewegung hat gezeigt, dass Veränderungen von der Straße ausgehen können. Heute helfen wir dabei, diesen Forderungen nach entschlossenem Handeln in den politischen

Entscheidungszentren Gehör zu verschaffen“.

Weitere Einzelheiten zu YEYS 2021 finden Sie auf der offiziellen Website der Veranstaltung. (ks)



Wenn wir den Klimawandel aufhalten wollen, müssen wir das System ändern – so die Botschaft an den EWSA

Am 20. März veranstaltete der EWSA in Verbindung mit seiner Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say!“ (YEYS) eine virtuelle Nebenveranstaltung zur Gestaltung des systemischen Wandels („Designing Systemic Change“), bei der verschiedene Experten, Aktivisten und Influencer zu Wort kamen und ihr Wissen und ihren Sachverstand zum Klimaschutz unter dem Gesichtspunkt des systemischen Wandels einbrachten.

Cillian Lohan, EWSA-Vizepräsident für Kommunikation und Moderator der Veranstaltung, erklärte bei der Einführung: „Der Klimawandel ist ein immer akuterer Problem, gegen das wir uns als Einzelne ziemlich machtlos fühlen; was wir brauchen, ist ein grundlegender Wandel unserer Kultur, unseres Verhaltens und unserer Werte.“

Die Veranstaltung bestand aus vier Diskussionsrunden, bei denen jeweils der zur Bewältigung des Klimawandels notwendige systemische Wandel im Mittelpunkt stand.

Die erste Diskussionsrunde wurde mit einer Videobotschaft von **Virginijus Sinkevičius**, EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei, eröffnet, in der er deutlich machte, dass ein übergreifender Ansatz erforderlich ist: „Klimawandel, Verlust an Artenvielfalt, Ressourcenverknappung und Umweltverschmutzung sind miteinander zusammenhängende Probleme, die wir gemeinsam angehen müssen. Die Antwort der Europäischen Kommission ist der Grüne Deal, aber auch die Bürgerinnen und Bürger sind gefragt, denn wir brauchen neue Ideen, die am System ansetzen müssen.“

Klimaaktivistin **Josephine Becker** sprach das Konzept der Klimagerechtigkeit an: „Europa ist mit an der Klimakrise schuld, deswegen stehen wir in der Pflicht, zu handeln.“

In der zweiten Diskussionsrunde beschrieb **Corina Angheloiu**, Senior Design Strategist bei der internationalen gemeinnützigen Organisation „Forum for the Future“, wie ein systemischer Wandel ihrer Meinung nach am besten angestoßen werden kann: „Der wichtigste Ansatzpunkt für die Einleitung eines systemischen Wandels sind Werte; bei den derzeitigen Wirtschaftssystemen steht die Effizienz im Vordergrund; wenn wir aber Gerechtigkeit zum Dreh- und Angelpunkt des Systems machen würden, hätte das spürbare Folgen.“

Nisreen Elsaïm, Vorsitzende der Jugendberatergruppe der Vereinten Nationen zum Klimawandel, betonte in ihrer Botschaft: „Die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Systeme tragen nicht zu unseren Zielen bei und schädigen die Umwelt. Ergebnisorientiertes Management funktioniert nicht.“

Lewis Akenji, Geschäftsführer des Hot or Cool Institute, erläuterte in der dritten Diskussionsrunde, wie die Lebensgewohnheiten der Menschen und ihre Entscheidungen in puncto Verkehrsmittel, Arbeit, Lebensmittel usw. durch die derzeitigen Systeme beeinflusst werden: „Wir tragen zur Verschärfung der Ungleichheiten bei und konsumieren zu viel; die aktuellen Wirtschafts- und Politiksysteme machen uns nicht glücklich.“

Die Klimaaktivistin **Saoi O'Connor** ging auf die Rolle der Entscheidungsträger ein: „Führungsspitzen und Politiker sprechen über Zahlen und Strategien, aber die Lebensrealität der Menschen scheinen sie außer Acht zu lassen.“

In der letzten Diskussionsrunde wurden konkrete Beispiele für Initiativen zugunsten eines systemischen Wandels aufgezeigt. **Christian Kroll**, Geschäftsführer und Gründer der Internet-Suchmaschine Ecosia, erläuterte, dass alle Gewinne des Unternehmens in verschiedene Baumpflanzprojekte fließen, die lokalen Gemeinschaften weltweit zugutekommen.

Die Slow-Fashion-Aktivistin und Influencerin **Juliet Bonhomme** verwies auf die Macht, die die Verbraucher durch ihre Kaufentscheidungen ausüben können: „Unser Geld ist unsere Macht.“

Die Veranstaltung wurde auf Facebook von über 100 Menschen aus ganz Europa verfolgt, die außerdem die Möglichkeit hatten, den systemischen Wandel durch Kunst zu erleben: Die beiden Künstler **Sophie Ong** und **Tibor Miklos** präsentierten direkt im Anschluss an die Veranstaltung ihre durch die Debatten inspirierten Werke. (dgf)



[Konferenz zur Zukunft Europas erkennt zentrale Rolle des EWSA vollständig an](#)

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss wurde zur Teilnahme an dem Hauptgremium der Konferenz eingeladen, die die Weichen für die künftige Entwicklung der EU stellen soll.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, **Ursula von der Leyen**, forderte in ihren politischen Leitlinien (Juli 2019) für die damals neue Kommission eine Konferenz zur Zukunft Europas, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zur künftigen Entwicklung der EU einbringen können.

Auf dieser Grundlage haben die Präsidenten der drei EU-Hauptorgane (Europäisches Parlament, Europäische Kommission und Rat der EU) am 10. März 2021 eine Gemeinsame Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas unterzeichnet. Darin werden ihr genauer Anwendungsbereich (Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern), Inhalt (Verwirklichung des doppelten – ökologischen und digitalen – Wandels sowie Stärkung von Europas Widerstandsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Solidarität) und Zeitplan (bis Frühjahr 2022 sollen Schlussfolgerungen vorliegen) festgelegt.

Der Exekutivausschuss ist die tragende Säule der Leitung der Konferenz, da er ihre Arbeiten überwacht und unmittelbar ihrem Plenum berichtet.

Der EWSA wurde als Haus der europäischen Zivilgesellschaft und Brücke zwischen den europäischen Institutionen und der organisierten Zivilgesellschaft zur Teilnahme an dem Exekutivausschuss eingeladen.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** hat an sämtlichen Sitzungen des Exekutivausschusses teilgenommen.

Unterdessen feilt der EWSA an seinem Beitrag zu der Konferenz, wobei er auf mindestens drei Trümpfe zurückgreifen kann:

- seine 329 Mitglieder aus allen Gesellschaftsbereichen (Arbeitgeber, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft im Allgemeinen) und aus den 27 Mitgliedstaaten,
- sein bestehendes Netzwerk mit den nationalen Wirtschafts- und Sozialräten sowie
- seine Kontaktgruppe – ein Netz zivilgesellschaftlicher Organisationen, die zwar nicht direkt im EWSA vertreten sind, aber enge Beziehungen zu ihm pflegen und so seine Außenwirkung weiter steigern.

Der EWSA ist – mehr denn je – der Überzeugung, dass er durch spezifische und konkrete Beiträge zu der Konferenz zur Zukunft Europas etwas bewegen und gleichzeitig gewährleisten kann, dass die Stimme der europäischen Zivilgesellschaft laut und deutlich zu vernehmen ist. (sm)



Herausforderungen der Telearbeit – eine Analyse des EWSA

Im Zuge der ersten pandemiebedingten Lockdowns stieg die Zahl der Telearbeiter in der EU sprunghaft an: von 5 auf 40 %. Ein Jahr später ist Telearbeit nicht mehr wegzudenken; ihre Auswirkungen auf Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Gesellschaft als Ganzes sind aber nur schwer abzuschätzen. Nach Auffassung des EWSA sind daher mehr Forschung und eine langfristige Perspektive erforderlich, um die Vorteile dieser Arbeitsform zu nutzen und ihre Risiken zu mindern.

Trotz der offenkundigen Möglichkeiten, die Telearbeit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen eröffnet (u. a. höhere Produktivität, flexiblere Arbeitsregelungen und größere Autonomie), kann es auch negative Folgen für das Berufs- und Privatleben geben. In der Pandemie verschwammen mitunter die Grenzen zwischen diesen beiden Lebensbereichen aufgrund übermäßiger Arbeitsbelastung mit längeren Arbeits- und unzureichender Ruhezeiten.

In einer Kultur der ständigen Online-Erreichbarkeit fällt es vielen Arbeitnehmern schwer abzuschalten, was auf Kosten ihrer geistigen und körperlichen Gesundheit und ihres Wohlbefindens gehen kann. Es sind vorwiegend Frauen, die von Zuhause aus arbeiten und gleichzeitig noch den Haushalt bewältigen müssen. Sie leiden damit in besonderem Maße unter den Nachteilen der Telearbeit, wie der EWSA in zwei auf seiner März-Plenartagung verabschiedeten einschlägigen Stellungnahmen feststellt.

Erhebungen von Eurofound zufolge arbeiten 30 % der „regelmäßigen“ Telearbeiter derzeit täglich bzw. mehrmals in der Woche auch in ihrer Freizeit und ca. 20 % mehr als 48 Stunden pro Woche. Darüber hinaus haben 40 % der „regelmäßigen“ Telearbeiter täglich weniger als 11 Stunden Ruhezeit.

Um in der Zeit nach der Pandemie die Risiken der Telearbeit zu verringern und ihre Vorzüge zu verstärken, appelliert der EWSA deshalb an die Sozialpartner in den Mitgliedstaaten, im Rahmen der bestehenden Systeme des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungen Regeln festzulegen, die jeweils auf den Mitgliedstaat sowie die branchen- und unternehmensspezifische Situation abgestimmt sind.

Telearbeit muss angemessen geregelt werden und nach dem Ende der COVID-19-Krise umkehrbar und freiwillig bleiben. Telearbeiter sollten dieselben individuellen und kollektiven Rechte und die gleiche Arbeitsbelastung haben wie ihre Kollegen, die in den Räumlichkeiten des Arbeitgebers arbeiten. Nach Auffassung des EWSA müssen Telearbeitsregelungen schriftlich festgelegt und dabei die Gleichbehandlung und gleiche Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen am Arbeitsplatz garantiert werden.

„Das Home-Office wird künftig ein Merkmal der Arbeitsmärkte sein, es darf aber nicht zu sozialen Rückschritten und zur Isolation der Arbeitnehmer führen. Telearbeit ermöglicht die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, dabei muss jedoch unbedingt verhindert werden, dass es zu Diskriminierungen bzw. Ungleichbehandlung zwischen Telearbeitern und Bürogängern kommt“, betonte der Berichterstatter für die Stellungnahme zu den *Herausforderungen der Telearbeit*, **Carlos Manuel Trindade**.

Angesichts der raschen Ausbreitung dieser Arbeitsform und der Lehren aus der Pandemie sollten die geltenden EU-Vereinbarungen über Telearbeit überprüft werden, um sicherzustellen, dass sie unter den neuen Gegebenheiten wirksam sind, so der EWSA.

Besonders bedeutsam sind hier die Rahmenvereinbarungen über Telearbeit und Digitalisierung, die die europäischen Sozialpartner 2002 bzw. 2020 unterzeichnet haben. Sie sollten von den Mitgliedstaaten und Sozialpartnern bei der Erarbeitung nationaler Telearbeitsregelungen für Unternehmen und Beschäftigte berücksichtigt werden.

Außerdem könnte eine Gesetzgebungsinitiative im Einklang mit den Bestimmungen des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf europäischer Ebene und/oder auf Ebene der Mitgliedstaaten auf den Weg gebracht werden, um das Recht auf Nichterreichbarkeit zu schützen und durchzusetzen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten auch auf bestehende Rechtsvorschriften zurückgreifen, wie etwa die Richtlinien über die Arbeitszeit und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, die auf die Telearbeit uneingeschränkt anwendbar sind. Diese Richtlinien sollten in nationales Recht umgesetzt und entsprechend angewandt werden, da dies „sicherlich zu besseren Bedingungen für Telearbeiter beitragen“ wird.

Der EWSA wies auch auf die Gefahr hin, dass durch Telearbeit zwangsläufig eine Doppelbelastung durch bezahlte und unbezahlte Arbeit entsteht. Die Tätigkeiten im Haushalt sind noch immer nicht gleichmäßig zwischen Frauen und Männern aufgeteilt, wobei erstere die Hauptlast tragen. Dies verringert die Produktivität von Frauen bei der bezahlten Arbeit und könnte ihren Berufsperspektiven beeinträchtigen.

„Sowohl die Gesellschaft als Ganzes als auch die Unternehmen müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um diese Geschlechterstereotype zu beseitigen und Frauen über ihre vielen anderen Rollen und Qualitäten hinaus als vollwertige Arbeitskräfte anzuerkennen. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten solcher Rollenklischees für die Gesellschaft sind sehr hoch“, erklärte die Berichterstatterin für die Stellungnahme,

Milena Angelova.

Der EWSA fordert in dieser Hinsicht auch einen „Betreuungs- und Pflegedeal für Europa“ und nennt die Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Bezahlbarkeit von Betreuungs- bzw. Pflegeinfrastrukturen und -dienstleistungen für Kinder, Menschen mit besonderen Bedürfnissen und ältere Menschen als weitere entscheidende Voraussetzungen für geschlechtergerechte Telearbeit.



[EU muss Maßnahmen zugunsten von Menschen mit Behinderungen nun endlich verstärken](#)

Am 24. März veranstaltete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) eine Debatte mit der EU-Kommissarin für Gleichheitspolitik Helena Dalli über die neue Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die von der

Europäischen Kommission kürzlich vorgelegt wurde.

Mit dieser Strategie für den Zeitraum 2021–2030 soll dafür gesorgt werden, dass die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UNCRPD) in der EU vollständig umgesetzt wird. Die UN-Behindertenrechtskonvention stellt einen echten Durchbruch dar und hat dank ihres menschenrechtsbasierten Ansatzes, bei dem die Verantwortung für die Beseitigung der Barrieren, die einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Wege stehen, der Gesellschaft übertragen wird, ein gänzlich neues Verständnis der Behindertenproblematik geprägt.

„Wir begrüßen die neue EU-Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen. In der EU leben rund 87 Millionen Menschen mit Behinderungen, und mehr als die Hälfte von ihnen fühlt sich diskriminiert“, so EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** bei der Eröffnung der Debatte.

Sie wies ferner darauf hin, dass der EWSA in seiner 2019 verabschiedeten Initiativstellungnahme als erste EU-Institution eine neue Agenda für die Rechte von Menschen mit Behinderungen gefordert hatte, die alle in der Behindertenrechtskonvention gestellten Anforderungen erfüllt: „Ich freue mich sehr, dass viele der damals von uns ausgesprochenen Empfehlungen in der kürzlich präsentierten EU-Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen aufgegriffen wurden.“

Der EWSA hat sowohl in seinen Stellungnahmen als auch im Rahmen der Studiengruppe, die er zum Thema Rechte von Menschen mit Behinderungen eingerichtet und mit der Überwachung der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in den Mitgliedstaaten beauftragt hat, stets die umfassende Umsetzung der Konvention eingefordert.

Diesem Thema hat sich der EWSA aber nicht nur in seiner Stellungnahme [Gestaltung der EU-Agenda für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2020-2030](#) gewidmet, sondern auch in einer Reihe weiterer Dokumente, wie dem [Informationsbericht](#) und der [Stellungnahme](#) zur praktischen Ausübung des Wahlrechts durch Menschen mit Behinderungen bei der Wahl zum Europäischen Parlament. Mit der neuen Strategie wird

sich der EWSA in einer neuen Stellungnahme auseinandersetzen, die auf der Plenartagung im Juli verabschiedet werden soll.

„Zehn Jahre nachdem die EU die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat, ist es höchste Zeit, dass diese ihre Maßnahmen im Bereich der Politik zugunsten von Menschen mit Behinderungen verstärkt. Unser Ziel ist es, positive Veränderungen im Alltag von Menschen mit Behinderungen in der EU und darüber hinaus zu bewirken, damit diese gleichberechtigt und umfassend an der Gesellschaft teilhaben können“, betonte EU-Kommissarin Dalli.

Die EWSA-Mitglieder befürworteten die neue Strategie, mahnten jedoch an, dass die EU und die Mitgliedstaaten bei ihrer Umsetzung den verheerenden Auswirkungen Rechnung tragen müssen, die die Coronavirus-Pandemie insbesondere in den Bereichen Beschäftigung und Bildung für Menschen mit Behinderungen zeitigt, da sich die bestehende Ungleichheit weiter verschärft. (II)



Bahnverkehr in der EU: Europäisches Jahr der Schiene 2021 ist ein guter Moment für Veränderungen

Im Schienenverkehr bleibt auf politischer Ebene, bei der Regulierung und im Hinblick auf ein Umdenken noch viel zu tun, auch wenn in 25 Jahren Liberalisierung im Bereich der Marktöffnung und der technischen Harmonisierung viel geschehen ist. Das ist die Kernaussage einer Stellungnahme zum einheitlichen europäischen Eisenbahnraum, die der EWSA auf seiner Plenartagung im März verabschiedet hat.

Nötig ist deshalb eine unvoreingenommene Analyse des einheitlichen europäischen Eisenbahnraums und seiner Ergebnisse. Das **Europäische Jahr der Schiene 2021** wäre eine ausgezeichnete Gelegenheit für eine Bilanz der bisherigen Entwicklungen und die Festlegung von Zielen für die Zukunft, so der EWSA.

Zur Erläuterung seiner [Stellungnahme](#) auf der Plenartagung sagte Berichterstatter **Stefan Back**: „Im Bahnverkehr brauchen wir einen Sinneswandel und einen Ansatz, der sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr viel stärker auf Kundenorientierung ausgerichtet ist. Das Europäische Jahr der Schiene 2021 sollte als Gelegenheit genutzt werden, dieses Umdenken zu fördern, eine reibungslosere Zusammenarbeit zwischen Betreibern und Kunden zu entwickeln und die Möglichkeiten der Digitalisierung optimal zu nutzen.“

Wegen der COVID-19-Pandemie haben sich Projekte verzögert oder sind blockiert. Dieser Rückstand muss nun aufgeholt werden. Staatliche Beihilfen sind nach wie vor wichtig, um grundlegende Dienstleistungen auch nach der Krise zu gewährleisten. Öffentliche Dienstleistungsaufträge sichern die Bereitstellung zugänglicher, erschwinglicher und inklusiver Personenverkehrsdienste für alle. Der EWSA sieht darin eine der wirksamsten und effizientesten Maßnahmen zur Förderung des Schienenpersonenverkehrs. (mp)



Energiewende – Die EU muss einen Gang hochschalten

Die von der EU für 2050 gesteckten Energie- und Klimaziele lassen sich nur dann erreichen, wenn bei der Verwirklichung der Energieunion das Tempo deutlich erhöht wird. Es könnte jedoch gefährlich sein, dabei die soziale und ökonomische Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten aus dem Auge zu verlieren, erklärt der EWSA in einer kürzlich verabschiedeten Stellungnahme.

Wird den sozialen und ökonomischen Bedingungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten nicht Rechnung getragen, könnte die gesellschaftliche Akzeptanz der Investitionen und Reformen, die auf eine Beschleunigung der Energiewende abzielen, gefährdet sein, betont der EWSA.

In der auf der Plenartagung im März verabschiedeten [Stellungnahme](#) von **Lutz Ribbe** legt der EWSA seinen Standpunkt zum Bericht über die Lage der Energieunion 2020 und zur Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne (NECP) dar. Er hält fest, dass die Energie- und Klimaziele für das Jahr 2020 zwar im Großen und Ganzen erreicht wurden, dies aber nicht zu Selbstzufriedenheit führen darf.

Die Ziele für die nächsten 30 Jahre, beginnend mit der Dekade der 2020er Jahre, müssen deutlich ambitionierter sein und wirklich die Menschen in Europa in den Mittelpunkt der Energieunion stellen.

Lutz Ribbe stellte fest: „Die Energiewende wird gefährdet, wenn die Politik die Teilhabe breiter Teile der Gesellschaft zwar in Aussicht stellt, dieses Versprechen aber nicht wirklich ernst nimmt und in die Praxis umsetzt.“ (mp)



Neue Strategie der Kommission für den Abbau notleidender Kredite in Pandemie-Zeiten unzureichend

Der EWSA begrüßt den neuen Aktionsplan der Kommission zu notleidenden Krediten. Er bedauert jedoch, dass dieser keine neuen Vorschläge für die COVID-19-Pandemie enthält, sodass

Europa in dieser außergewöhnlichen Zeit nur über für gewöhnliche Zeiten aufgestellte Regeln verfügt.

In einer auf der [Plenartagung vom 25. März verabschiedeten Stellungnahme](#) untersuchte der EWSA die Strategie zum Abbau notleidender Kredite. Die Europäische Kommission skizziert in ihrem Vorschlag ihre Hauptanliegen bezüglich bestimmter Wirtschaftssektoren wie Banken, Kreditkäufer und Kreditdienstleister. Der EWSA hingegen legt die Sichtweise der europäischen Gesellschaft im weiteren Sinne dar.

„Der EWSA legt großen Wert auf die Stabilität des Bankensektors“, so der Berichterstatter der Stellungnahme, **Kęstutis Kupšys**. „Verschuldete Unternehmen, die ihre Schulden nicht mehr begleichen können, sowie rentable Unternehmen, die möglicherweise zusätzliches Geld von den Banken benötigen, liegen uns jedoch ebenfalls am Herzen. Und wir denken auch an schutzbedürftige Bürgerinnen und Bürger, die verschuldet sind und Gefahr laufen, Opfer von Geierfonds zu werden. Schließlich haben wir alle Steuerzahler im Blick, sollten öffentliche Mittel zum Ankauf von Portfolios mit notleidenden Krediten eingesetzt werden. Denn sie sind es, die letztlich für die Rettung der Banken bei Kreditausfällen aufkommen.“

Der EWSA empfiehlt in erster Linie, das Problem der notleidenden Kredite an den Wurzeln zu packen und ihre Entstehung künftig zu vermeiden. Dies kann am besten durch kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit mit Fokus auf Betriebskontinuität und wirtschaftlicher Erholung gewährleistet werden. Gleichzeitig muss für solide Sozialversicherungssysteme, die Bekämpfung von Armut, Überschuldung und Arbeitslosigkeit durch die Gewährleistung angemessener Löhne und die Umsetzung antizyklischer wirtschaftspolitischer Maßnahmen in Krisenzeiten gesorgt werden.

Angesichts der Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Wirtschaft in der EU wird davon ausgegangen, dass notleidende Kredite in Europa zunehmen werden. Zur Abfederung der negativen Folgen fordert der EWSA, dass die Maßnahmen zur Entlastung der Kreditinstitute Hand in Hand gehen mit staatlicher Hilfe für Kreditnehmer, die erst infolge der Pandemie in Schwierigkeiten geraten sind.

Während die Europäische Kommission vorschlägt, die Sekundärmärkte für notleidende Vermögenswerte weiterzuentwickeln, hält der EWSA die Notwendigkeit eines EU-weiten, grenzüberschreitenden Marktes für notleidende Kredite für überzogen. Es ist gefährlich, einen EU-weiten „Pass“ für Inkassounternehmen einzuführen, ohne gleichzeitig auch für eine ordnungsgemäße Aufsicht sowohl im Herkunfts- als auch im Aufnahmeland Sorge zu tragen. Dieser Schritt wäre nur dann gerechtfertigt, wenn es als Gegengewicht ein Paket von Maßnahmen zum Schutz notleidender Kreditnehmer gäbe, das heißt einen EU-weiten Verbraucherschutzstandard für Inkassounternehmen.

Zudem ist es höchst fraglich, ob die grenzüberschreitenden Geschäfte von Kreditkäufern spürbare Vorteile nicht nur für die Banken, Kreditkäufer und Kreditdienstleister, sondern auch für das Wirtschaftssystem insgesamt mit sich bringen würden.

Der Verkauf notleidender Kredite an Vermögensverwaltungsgesellschaften (auch „Bad Banks“ genannt) sollte nach Auffassung des EWSA die Ausnahme bleiben. Bilaterale Vereinbarungen zwischen dem Kreditinstitut und dem Kreditnehmer mit Schwerpunkt auf Fortführung der Unternehmenstätigkeit und wirtschaftlicher Erholung sollten den Vorzug haben.

Laut Berichterstatter Kupšys wird in dem Kommissionsdokument eine täglich für viele Bereiche der Gesellschaft relevante Frage auf kurzfristige und technokratische Art und Weise behandelt. „Wir möchten deutlich machen, dass das Problem der notleidenden Kredite nicht mit der Wahrung der Finanzstabilität verknüpft werden darf“, so Kupšys. „Alles in allem ist unserer Auffassung nach eine bankinterne Lösung für notleidende Kredite der bessere Weg, anstatt Kredite auf den Markt zu werfen, sobald sie zu schwächeln beginnen. Schulden sollten nicht zu einer Ware werden!“ (na)



EWSA schlägt Maßnahmen zur Unterstützung von Investitionen in die Gewinnung und das Recycling kritischer Rohstoffe vor

Auf seiner März-Plenartagung verabschiedete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss eine Stellungnahme, in der vorgeschlagen wird, Investitionen in die Exploration und Gewinnung kritischer Rohstoffe und in die Verwendung von Sekundärrohstoffen aus Abfällen zu unterstützen, da dies für den ökologischen Wandel in der EU wichtig ist.

Im September 2020 nahm die Europäische Kommission ihren Aktionsplan für kritische Rohstoffe an, mit dem darauf hingewirkt werden soll, die Abhängigkeit von kritischen Primärrohstoffen zu verringern und die Rohstoffbeschaffung innerhalb der EU zu stärken. In seiner Stellungnahme begrüßt der EWSA diesen Ansatz, „unterstützt uneingeschränkt den ökologischen Wandel im Energiesektor und erachtet die Gewinnung von Rohstoffen, die für den Einsatz umweltfreundlicher Technologien erforderlich sind, als wesentliche Voraussetzung hierfür“.

Der EWSA fordert darin jedoch weitere Maßnahmen, um diesen Ansatz verwirklichen zu können, da Exploration und Beschaffung mit einem hohen Risiko behaftet sind. Berichterstatter **Dumitru Fornea** erklärte seinerseits: *„Es ist wichtig, dass Anreize für die Beschaffung sowohl von Primär- als auch von Sekundärrohstoffen gesetzt werden; deshalb müssen wir Investitionen in die Rohstoffgewinnung unterstützen und die Analyse von Abfällen, die wertvolle Materialien enthalten könnten, ausbauen.“*

Mitberichtersteller **Michal Pintér** machte deutlich, dass diese Unterstützung in unterschiedlicher Form bereitgestellt werden kann: *„Wir müssen Investitionen durch Kreditgarantien, Abschreibungsmöglichkeiten und staatliche Beihilfen fördern, aber auch durch die Entwicklung eines vereinfachten Genehmigungsverfahrens für Bergbautätigkeiten.“*

Ferner hält der EWSA es in seiner Stellungnahme für wichtig, kritische Rohstoffe, die dem bisherigen Verständnis zufolge in erster Linie im Bergbau gewonnen werden, weiter zu definieren. Nach Meinung des EWSA beeinträchtigt diese zu enge Definition den Ausbau grüner Energien, da es für holzbasierte Werkstoffe heutzutage sehr viel mehr effiziente Einsatzmöglichkeiten gibt als früher.

Die Rohstoffbranche birgt ein immenses wirtschaftliches Potenzial. Sie stellt etwa 350 000 Arbeitsplätze in der EU, während in den nachgelagerten Fertigungsbranchen über 30 Millionen Arbeitsplätze von einem zuverlässigen und ungehinderten Zugang zu mineralischen Rohstoffen abhängen. Laut OECD wird sich der weltweite Materialverbrauch bis 2060 verdoppeln, insbesondere der Verbrauch von Metallen soll um 150 % steigen. Dies wird aller Wahrscheinlichkeit nach dazu führen, dass sich der Druck auf die Ressourcen des Planeten erhöht und die Errungenschaften des Wohlstands gefährdet werden.

Vor diesem Hintergrund erachtet der EWSA es als wichtig, in die Methodik für die Aufstellung einer Liste kritischer Mineralien noch weitere Dimensionen einzubeziehen. Nach Auffassung des EWSA sollte die Europäische Kommission „die Bedürfnisse und Interessen der Menschen und Volkswirtschaften derjenigen Länder berücksichtigen, die Europa Rohstoffe liefern sollen“. Daher sollte anhand geeigneter Kriterien überprüft werden, ob die globalen Lieferketten dieser Rohstoffe ethischen Grundsätzen genügen. (ks)



[EWSA fordert gezieltere und harmonisierte Regelungen im Interesse einer nachhaltigeren Umweltbilanz von Batterien in der EU](#)

Auf seiner März-Plenartagung verabschiedete der EWSA eine Stellungnahme, in der er für die Umsetzung der neuen Batterie-Verordnung die Festlegung spezifischerer und funktionsfähiger Governancemechanismen und -instrumente unter Einbeziehung sämtlicher Interessenträger fordert. Seiner Meinung nach könnte mit Hilfe dieser Verordnung ein EU-Rahmen für den gesamten Lebenszyklus von Batterien entwickelt werden.

Am 10. Dezember 2020 hatte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine [Verordnung](#) über Batterien und Altbatterien vorgelegt, der im Einklang mit dem [europäischen Grünen Deal](#) und dem darin verankerten Ziel für die EU-Wirtschaft steht, bis 2050 klimaneutral zu werden.

In seiner Stellungnahme befürwortet der EWSA die mit der Verordnung geplanten Maßnahmen: Mit ihren neuen Nachhaltigkeitsstandards für Batterien wird die Kommission auch weltweit den grünen Wandel fördern und ein Konzept für weitere Initiativen im Rahmen ihrer nachhaltigen Produktpolitik aufstellen.

Indes fordert der EWSA für die Umsetzung der neuen Verordnung die Festlegung spezifischerer und funktionsfähiger Governancemechanismen und -instrumente unter Einbeziehung sämtlicher Interessenträger. Berichterstatter **Bruno Choix** sagte dazu: „Mit Hilfe dieser Verordnung soll ein EU-Rahmen für den gesamten Lebenszyklus von Batterien entwickelt werden, der harmonisierte und ambitioniertere Vorschriften für Batterien, Komponenten, Altbatterien und Recyclate umfasst. Die Kommission strebt mit dieser Verordnung die Förderung von Innovation sowie die Entwicklung und Umsetzung von technologischem Fachwissen in der EU an.“

Laut Ko-Berichterstatter **Franck Uhlig** gibt es zahlreiche Möglichkeiten der Unterstützung: „Wir fordern eine vollständige Transparenz des Überwachungssystems zur Sicherstellung einer verantwortungsvollen Erfüllung der Sorgfaltspflicht in der Batterie-Lieferkette. Recycling, Wiederaufbereitung und Wiederverwendung ermöglichen die Absicherung der vorgelagerten Lieferkette. Forschung und Entwicklung im Bereich Ökodesign müssen unbedingt gefördert werden.“

Der EWSA regt an, im Hinblick auf die neuen Herausforderungen die Rolle und Ausstattung der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) und der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) zu stärken.

Der EWSA schlägt vor, neben dem Begriff „Ende der Lebensdauer“ den Begriff „Ende des Verwendungszwecks“ einzuführen, um die Wiederverwendung und Wiederaufbereitung bzw. das Second-Life sowie das Recycling der Batterien zu fördern.

Auf dem Binnenmarkt in Verkehr gebrachte Batterien sollten über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg nachhaltig, leistungsstark und sicher sein, d. h., mit möglichst geringen Umweltauswirkungen aus Materialien hergestellt werden, die unter vollständiger Einhaltung der Menschenrechte sowie sozialer und ökologischer Standards gewonnen wurden. Batterien müssen langlebig und sicher sein und am Ende ihrer Lebensdauer sollten sie umgenutzt, wiederaufbereitet oder recycelt werden, sodass wertvolle Materialien in die Wirtschaft zurückfließen. (ks)



Europäischer Forschungsraum: EWSA würdigt Neuaufgabe als echten Deal für Europas Forschung und Innovation (FuI)

Mit ihrem neuen Konzept zeigt die Europäische Kommission, dass sie entschlossen ist zu verhindern, dass Europa bei der Grundlagenforschung, der angewandten Forschung, den Patentanmeldungen sowie High-Tech-Produkten und -Dienstleistungen den Anschluss an die USA und Asien verliert, heißt es in einer auf der März-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme des EWSA.

Die wichtigste Stärke des vorgeschlagenen neuen europäischen Forschungsraums (EFR) ist sein Schwerpunkt auf **einer raschen Umsetzung von FuI-Ergebnissen in nachhaltige Unternehmen und Arbeitsplätze**, betont der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA).

„Es ist von außerordentlicher Bedeutung, dass der neue EFR nicht nur ein ‚Weiter so wie bisher‘ ist“, so der Berichtersteller der Stellungnahme, **Paul Rübiger**. „Der neue Deal wird die Wirkung von Forschung und Innovation zu einem Zeitpunkt stärken, da Innovation nicht nur für die infolge von COVID angeschlagene europäische Wirtschaft, sondern auch für das Überleben unseres Planeten entscheidend sein wird.“

Die europäische Forschung hinkt bei der Umsetzung der FuE-Ergebnisse in innovative Produkte und Dienstleistungen gegenüber den USA und Asien hinterher. Europa liegt in Bezug auf Patente hinter Asien zurück (2019 kamen 65 % der weltweiten Patentanmeldungen aus Asien, nur 11,3 % aus Europa). Dies ist ganz besonders bei digitalen Dienstleistungen und technologiefördernden Innovationen der Fall, d. h. bei neuen Produkten, die in hohem Maße das Ergebnis von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der neuen Technologien sind. Überhaupt haben asiatische Länder, insbesondere China und Korea, ihre Leistungen im FTI-Bereich in den letzten zwanzig Jahren erheblich gesteigert. Der neue EFR dürfte dafür sorgen, dass Europa mithilfe von Investitionen und größerer Mobilität aufholt.

Der EWSA begrüßt das Konzept der Kommission, nennt aber auch **fünf Schlüsselsektoren**, die in der Liste der strategischen Technologiebereiche nicht aufgeführt, für eine florierende EU-Wirtschaft jedoch unerlässlich sind:

- digitale Geschäftsmodelle,
- Technologien für die Herstellung von Waren und Lebensmitteln,
- klinische Forschung, Pharmaindustrie und Biotechnologiebranche,
- Weltraumtechnologie,
- sauberes Wasser und Sanitärversorgung.

Einer der wichtigsten Punkte, den der EWSA in seiner Stellungnahme hervorhebt, ist die Notwendigkeit, bei der Umsetzung von FuE-Ergebnissen in innovative Produkte und Dienstleistungen **sowohl auf Exzellenz als auch auf Tempo** zu setzen. In der Wirtschaft spielt das Tempo eine große Rolle, während in der Wissenschaft die Exzellenz an erster Stelle steht und mehr Zeit und Geld für FuI gefordert wird. Die FTI-Maßnahmen der Kommission sollten beidem gleichermaßen Rechnung tragen. (dm)



Europas Zukunft entscheidet sich in den ländlichen Gebieten

Ländliche Gebiete müssen für junge Menschen und Unternehmen interessanter werden. Dann hätten alle Menschen in der EU eine höhere Lebensqualität und könnten sich aussuchen, wo sie leben und arbeiten wollen. Dies ist eine der wichtigsten

Schlussfolgerungen aus der Debatte *Eine ganzheitliche Strategie für eine nachhaltige ländliche und städtische Entwicklung*, die am 8. März im EWSA stattfand.

Die ländlichen und die städtischen Gebiete Europas entwickeln sich uneinheitlich. Wir brauchen eine Politik, die diesen Trend bremst und die einen fairen und nachhaltigen Übergang zu einer Ökonomie des Wohlergehens in allen Regionen mit einer ausgeglichenen Bevölkerungsverteilung fördert. Insbesondere sollten die ländlichen Gebiete – die für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit einer Region entscheidend sind und außerdem zahllose Leistungen über ihre verschiedenen lokalen Ökosysteme (bspw. Nahrungsmittelproduktion) bereitstellen – für junge Menschen und Unternehmen interessanter gemacht werden.

Peter Schmidt, Vorsitzender der EWSA-Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (NAT), sagte: „Nach der Coronakrise werden wir die einmalige Gelegenheit haben, mit unseren Strategien dafür zu sorgen, dass alle Menschen und alle Gebiete gleichermaßen vom gerechten Übergang zu einer klimaneutralen, nachhaltigen und wohlhabenden Europäischen Union profitieren.“

„Nachdem die EU nun ein mutiges Konjunkturpaket geschnürt hat, müssen die tiefen Unterschiede zwischen den Gebieten in der EU bei der Zuweisung der Mittel berücksichtigt werden“, erklärte EWSA-Mitglied **Stefano Palmieri**, Vorsitzender der Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt.

Deša Srsen aus dem Kabinett von Kommissionsvizepräsidentin Dubravka Šuica unterstrich: „Die Kommission bereitet die Verabschiedung ihrer [Langzeitvision für den ländlichen Raum](#) im Juni vor. Wir wollen mit ihr eine neue Dynamik für ländliche Gebiete schaffen.“

Josep Puxeu Rocamora, Berichterstatter für die Stellungnahme des EWSA zu einem [Integrierten Ansatz für die ländlichen Gebiete der EU](#), betonte, wie komplex die Integration ländlicher und benachteiligter Gebiete ist, denn sie berühre sämtliche EU-Politiken. „Zur Entwicklung dieser Gebiete schlagen wir einen *territorialen Vertrag* vor. Er soll partizipativ und den Besonderheiten der Gebiete angepasst sein und ihr historisches, kulturelles und natürliches Erbe erhalten.“ (mr)



Höchste Zeit, die Union der Gleichheit zu verwirklichen

Die Mitgliedstaaten müssen genaue Daten erheben und geeignete Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung des EU-Aktionsplans gegen Rassismus sicherzustellen. Es gilt, Rassismus und ethnische Diskriminierung zu demaskieren, die während der COVID-19-Pandemie in Europa ein bedenkliches Ausmaß erreicht haben.

Rund ein Viertel aller Europäerinnen und Europäer fühlt sich in mindestens einem Lebensbereich diskriminiert, und in der Arbeitswelt wird ein neuer Höchststand von Fällen ethnischer Diskriminierung verzeichnet. Deshalb erscheint es dringend angezeigt, die Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Rassismus in der gesamten EU zu aktualisieren und durchzusetzen – so das Fazit einer virtuellen Anhörung des EWSA zum Thema „Eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020–2025“ vom 18. März.

An dieser Anhörung nahmen Referenten von EU-Institutionen und europäischen Menschenrechts- und Antirassismus-Plattformen teil. Mithilfe von Statistiken zeichneten sie ein düsteres Bild der Situation vor Ort.

Der Berichterstatter für die einschlägige Stellungnahme des EWSA, **Cristian Pîrvulescu**, betonte, dass der EU-Aktionsplan gegen Rassismus angesichts der pandemiebedingten Zunahme von Ungleichheit und Diskriminierung genau zur rechten Zeit kommt.

Thibault Balthazar, Vertreter der **Europäischen Kommission**, unterstrich die wichtige Rolle der Mitgliedstaaten und forderte diese auf, die nationalen Aktionspläne unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Gleichstellungsstellen in die Praxis umzusetzen. **Aleksandra Wesoly** präsentierte EU-Instrumente wie das Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung und andere Plattformen zur Bekämpfung von Radikalisierung und extremistischen Diskursen. **Maria Daniella Marouda** verwies darauf, dass es laut einer Studie der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz Fortschritte bei der Antidiskriminierungsgesetzgebung gibt.

Joanna Goodey von der EU-Agentur für Grundrechte erklärte, dass es nicht an Gesetzen, wohl aber an Daten mangelt und dass der Erfolg des Aktionsplans eine zuverlässige und regelmäßige Datenerhebung voraussetzt.

Die Berichterstatterin für die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zum EU-Aktionsplan gegen Rassismus, **Yoomi Renström**, vertrat die Ansicht, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften als strategische Partner bei der Erarbeitung, Umsetzung und Überwachung der nationalen Aktionspläne anerkannt werden müssen.

Csaba Asztalos, Vorsitzender des Rumänischen Rates für die Bekämpfung von Diskriminierung, hob die Bedeutung zugänglicher Datenbanken und klarer Kommunikationsstrategien hervor, während **Marie Mescam** von SOS Racisme betonte, dass auf EU-Ebene dringend ein Diskussionsforum geschaffen werden muss, in dem die Zivilgesellschaft, Gleichstellungsgremien und Antidiskriminierungsorganisationen Erfahrungen und Erkenntnisse austauschen können.

Juliana Wahlgren, Fachreferentin und Beraterin beim Europäischen Netz gegen Rassismus, brachte die Hoffnung zum Ausdruck, den Aktionsplan dank der entscheidenden Beteiligung von Menschen, die einer

ethnischen Minderheit angehören und über Fachwissen im Rahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen verfügen, erfolgreich umzusetzen. (mt)



Westbalkan: der fehlende Stein im Mosaik Europa

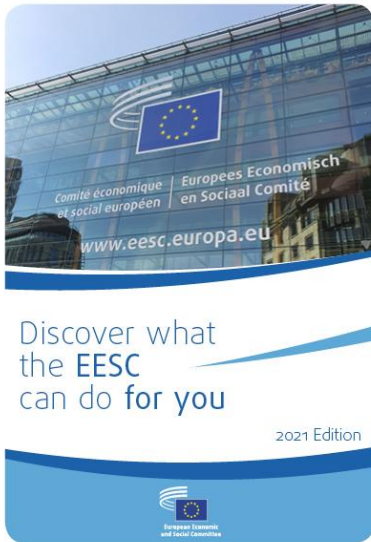
Auf der März-Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) fand eine Debatte mit dem EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung Olivér Várhelyi statt. Erörtert wurde der aktuelle Stand des Beitrittsprozesses der Partner auf dem Westbalkan. Nach Auffassung der EWSA-Mitglieder ist deren EU-Integration eine geostrategische Investition in Frieden und Wirtschaftswachstum.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** eröffnete die Debatte und hob die Bedeutung hervor, die der EWSA der EU-Erweiterung auf dem Westbalkan beimisst: „Wir sehen im Westbalkan den fehlenden Stein in dem großen

Mosaik, das sich nach dem Willen der EU zu einem vereinigten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Europa zusammenfügen soll“.

Óliver Várhelyi sprach über die Folgen der COVID-19-Pandemie auf dem Westbalkan und betonte, dass „die Europäische Kommission entschlossen ist, unsere unmittelbaren Nachbarn auch weiterhin so zu unterstützen, wie es diese schwierigen Zeiten erfordern“. Várhelyi stellte außerdem den [Wirtschafts- und Investitionsplan für den Westbalkan](#) vor. Diese Initiative, über die 9 Milliarden Euro bereitgestellt werden, dient einem Doppelziel: der Initialzündung der wirtschaftlichen Erholung sowie der Verbesserung der Konvergenz dieser Region mit der EU. „Mit dem Plan sollen nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, die Widerstandsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Region gefördert werden, sondern auch ihr sozialer Zusammenhalt. Wir müssen gemeinsam an der Verwirklichung dieses Ziels arbeiten,“ betonte Várhelyi.

Nach der Debatte wurde die Stellungnahme [Stärkung des Beitrittsprozesses](#) – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan verabschiedet. Berichterstatter **Andrej Zorko** hob in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Erweiterungsprozesses hervor: „Die EU-Integration der Partner im Westbalkan ist eine geostrategische Investition in Frieden, Stabilität, Sicherheit und Wirtschaftswachstum des gesamten Kontinents“. (dfg)



Entdecken Sie, was der EWSA für sie tun kann – NEUE AUSGABE

Die neue Ausgabe dieser Veröffentlichung bietet einen kurzen und aktuellen Überblick über den EWSA als einzigartiges Forum für Konsultation, Dialog und Konsensfindung zwischen Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Bereiche der organisierten Zivilgesellschaft (wie Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Berufsverbände, gemeinnützige Organisationen, Jugendorganisationen, Frauengruppen, Verbraucher- und Umweltorganisationen u.v.m.).

Zudem werden darin Rolle und Aufgaben des EWSA sowie seine Arbeitsweise und seine Zusammenarbeit mit den gesetzgebenden Organen der EU erklärt und einige Beispiele für seine erfolgreichen

Initiativen aufgezeigt.

Die Broschüre ist in 23 Amtssprachen der EU auf dem Internetportal des EWSA abrufbar:

<https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/publications-other-work/publications/discover-what-eesc-can-do-you-2021-edition>.

Für eine Papierfassung wenden Sie sich bitte an das Referat „Besuchergruppen und Veröffentlichungen“: vipcese@eesc.europa.eu (af)



Mach's gut!

Am 1. Mai 2021 verlässt uns David Gippini Fournier. Lieber David, deine Kolleginnen und Kollegen im Pressereferat möchten dir danken. Es war ein Vergnügen, mit dir zu arbeiten. Du hast deine Aufgaben stets mit Stil erledigt. Danke auch für deine Großzügigkeit im Privaten und Beruflichen und für dein diplomatisches Feingefühl. In der Öffentlichkeitsarbeit hast

du stets eine Humphrey Bogart würdige Eleganz an den Tag gelegt.

Wie oft hast du deine großartige Fähigkeit unter Beweis gestellt, selbst unter größtem Stress Ruhe zu bewahren!

Die Arbeit mit dir hat Spaß und Freude gemacht.

Weiterhin viel Erfolg!

Deine Kolleginnen und Kollegen im Pressereferat: Agata, Katerina, Ewa, Laura, Nicola, Millie, Daniela, Melissa, Margarida und Marco.



Isabel Caño Aguilar, ehemalige Vizepräsidentin für Kommunikation (2018–2020): „Ein Pressereferent mit einem Touch galicischer Ironie“

Ich habe viel mit David Gippini zusammengearbeitet, insbesondere habe ich mit ihm einige Pressegespräche vorbereitet. Bei unserer ersten Begegnung im Jahr 2018 habe ich ihn als ernsthaften Menschen kennengelernt. Seine Beiträge waren stets sachgerecht und sehr gut formuliert. Er besitzt einen raschen Verstand. Über die Arbeit hinaus habe ich eine offene Person entdeckt, die anderen großzügig ihre Zeit widmet, mit einem Touch galicischer Ironie, wir haben uns sehr gut verstanden, denke ich. Wir hatten auch kleinere freundschaftliche „Meinungsverschiedenheiten“. Ich bin Verfechterin der inklusiven Sprache, David verfolgt einen akademischeren Ansatz und machte nur ungern gewisse sprachliche Zugeständnisse. In langen, bereichernden und anspruchsvollen Gesprächen haben wir uns oft darüber unterhalten. Aber ich muss ihm für die genauere und schönere Formulierung einiger meiner Texte danken.

Ich bedauere seinen Weggang und wünsche ihm viel Erfolg für diese neue berufliche Etappe. Er wird im Pressereferat bestimmt sehr fehlen. Auch mir wird er fehlen.

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Meeting of EESC Employers' Group with Commissioner Schmit
15 April 2021

Eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung ist die einzige Möglichkeit, unser soziales Europa zu stärken

von der Gruppe Arbeitgeber

Im Vorfeld des Sozialgipfels, der im nächsten Monat in Porto stattfinden wird, trafen sich Mitglieder der Gruppe Arbeitgeber mit Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte. In einer offen und ehrlich geführten Debatte betonte der Vorsitzende der Gruppe Arbeitgeber, Stefano Mallia, dass es einer raschen wirtschaftlichen Erholung bedarf. Hierfür müssen wir jedoch unbedingt sicherstellen, dass unsere Unternehmen über die richtigen Rahmenbedingungen verfügen, um wettbewerbsfähig zu sein, Arbeitsplätze zu schaffen und somit das Wohlergehen unserer Gesellschaft zu gewährleisten.

Inmitten der tiefsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg ist eine solide wirtschaftliche Erholung sowohl eine Voraussetzung als auch eine treibende Kraft für sozialen Fortschritt.

Folglich sollten nicht nur Fragen der Sozialpolitik, sondern auch der Konjunkturbelebung und Wettbewerbsfähigkeit im Mittelpunkt der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und des Sozialgipfels in Porto stehen.

Deshalb darf es bei der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsmarktteilnahme nicht um neue Rechtsvorschriften oder andere Verpflichtungen gehen, die die Unternehmen stärker belasten würden. Dieser Ansatz hat schon in der Vergangenheit nicht funktioniert und wird sicherlich in dieser dramatischen Wirtschaftskrise auch nicht funktionieren.

Stattdessen müssen wir uns auf die Schaffung von Arbeitsmärkten konzentrieren, in denen die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen mit einer angemessenen Absicherung der Arbeitnehmer einhergehen müssen.

Ein dynamischer Industrie- und Dienstleistungssektor sowie Unternehmergeist bleiben auch künftig für Europas Wohlstand und Wohlergehen von zentraler Bedeutung. Wir brauchen qualifizierte und innovative Arbeitskräfte, um den digitalen und ökologischen Wandel zu meistern. Bezüglich Investitionen muss unsere Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet werden, um unser Sozialmodell aufrechtzuerhalten.

EU-Rechtsvorschriften sollten tatsächlich grenzüberschreitenden Angelegenheiten vorbehalten sein. Wenn die EU gesetzgeberisch tätig wird, sollten alle neuen Initiativen auf Unionsebene besser auf Fakten gestützt und bezüglich der Frage bewertet werden, wie sie zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Eine neuartige und gezielte Prüfung der Wettbewerbsfähigkeit für alle neuen Initiativen könnte dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen.

Die Sitzung der Gruppe Arbeitgeber mit Kommissar **Schmit** fand am 15. April statt. Dabei wurden mehrere soziale Themen erörtert, z. B. der Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte, der Sozialgipfel, der Vorschlag der Kommission zu angemessenen Mindestlöhnen sowie der soziale Dialog und Tarifverhandlungen.

Die gesamte Rede des Vorsitzenden der Gruppe Arbeitgeber, **Stefano Mallia**, können Sie hier nachlesen: <https://www.eesc.europa.eu/de/news-media/news/speech-president-mallia-eesc-employers-group-meeting-commissioner-schmit> (dv/kr)



[Angemessene Mindestlöhne sind ein zentraler Baustein des sozialen Zusammenhalts](#)

von der Gruppe Arbeitnehmer

Angemessene Mindestlöhne sind ein zentraler Baustein des sozialen Zusammenhalts und wichtig für die Bekämpfung von Erwerbsarmut und Ungleichheit. Allerdings sind die Arbeitsbedingungen für viele Beschäftigte in Europa hart, vor allem für prekär Beschäftigte. Und auch wenn in einigen Ländern Tarifverhandlungen ausreichen, um gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, ist dies nicht überall der Fall.

Fehlender Sozialschutz hat böse Folgen, insbesondere wenn sich auch andere Probleme verschärfen, z. B. die aktuell durch die COVID-19-Pandemie bedingte verheerende Gesundheits- und soziale Krise.

Vor diesem Hintergrund soll der [Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union](#) dafür sorgen, dass alle in Europa einen existenzsichernden Lohn erhalten und die Tarifbindung gestärkt und ausgeweitet wird. Dabei sollen die unterschiedlichen Traditionen der Mitgliedstaaten im Bereich des sozialen Dialogs stets geachtet werden. Durch nationale Aktionspläne, die in einem dreigliedrigen Verfahren mit den Sozialpartnern vereinbart werden, kann eine Aufwärtskonvergenz bei den Löhnen erreicht und gleichzeitig Diskriminierung jeglicher Art sowie Erwerbsarmut vermieden werden.

Angesichts der mit der COVID-19-Krise verbundenen Schwierigkeiten und der daraus resultierenden Dringlichkeit des Vorschlags bekräftigte die Berichterstatterin **Cinzia Del Rio**, dass alle Beschäftigten einen gerechten und angemessenen Mindestlohn erhalten sollten, der entweder gesetzlich oder tarifvertraglich festgelegt wird, um ihnen ein menschenwürdiges Leben und Zugang zum Sozialschutz zu ermöglichen: „Sozial- und Lohndumping, hohe Lohnungleichheiten, zunehmende Erwerbsarmut, von der zumeist junge Menschen, Frauen und benachteiligte Gruppen betroffen sind, müssen auf europäischer Ebene entschieden angegangen werden.“

In der auf der EWSA-Plenartagung am 25. März 2021 verabschiedeten [Stellungnahme des EWSA zu dem Vorschlag für eine Richtlinie](#) werden der dringende Bedarf solcher Maßnahmen, die Angemessenheit und die Rechtsgrundlage für eine Richtlinie (auch durch das [Rechtsgutachten des Rates](#) bestätigt) ebenso anerkannt wie die Klauseln zur Achtung der Autonomie der Sozialpartner. (prp)



Zivilgesellschaftliche Organisationen – unerlässlich als Triebkräfte des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels nach COVID-19

von der Gruppe Vielfalt Europa

Auf einer jüngst von der Gruppe Vielfalt veranstalteten Konferenz forderten Vertreter der Zivilgesellschaft ihre Organisationen eindringlich dazu auf, der Politik darzulegen, wie die Gesellschaft aussehen soll, die sie aufbauen und in der sie leben wollen.

Die Teilnehmer der Konferenz [„Organisationen der Zivilgesellschaft während und nach COVID-19: Aktuelle und künftige Herausforderungen“](#) betonten, dass **es ganz entscheidend auf die Kohärenz der politischen Maßnahmen und eine sinnvolle Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ankommt**. Sie forderten für die Politikgestaltung einen ganzheitlichen, integrierten Ansatz, mit dem die Werte der EU, das Wohlergehen der Menschen in Europa sowie Bottom-up-Initiativen aktiv gefördert werden, die den Standpunkten und Rechten der Unionsbürgerinnen und -bürger gebührend Rechnung tragen. Dabei komme es vor allem darauf an, die neuen Formen von Solidarität und des gesellschaftlichen Engagements, die während der Pandemie entstanden sind, zu stärken.

Der Vorsitzende der Gruppe Vielfalt Europa **Séamus Boland** hob die außergewöhnlichen Leistungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen hervor und ermunterte diese ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger, sich aktiv am Aufbau und an der Neugestaltung der Gemeinschaften und der Gesellschaft nach der COVID-19-Krise zu beteiligen.

„Wir sollten jetzt **unsere Wachstums- und Governance-Modelle überdenken**, damit soziale Inklusion, das Humankapital, Nachhaltigkeit und das Wohlergehen der Menschen einen ebenso großen Stellenwert erhalten wie das Wirtschaftswachstum“, sagte **Séamus Boland** und stellte zwei Voraussetzungen für das Gelingen eines echten Wandels heraus: „eine ganzheitliche, integrierte Politikgestaltung sowie die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Erarbeitung und Umsetzung der Konzepte zur Neugestaltung der Welt“.

Darüber hinaus forderte der Gruppenvorsitzende die Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Organisationen der Zivilgesellschaft auf und betonte, dass sich sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Behörden weiterhin für die demokratische Regierungsführung, die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit stark machen müssten.

Die auf der Konferenz angenommenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen können Sie [hier](#) nachlesen. (jk)

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



Europatag 2021

Anlässlich des Europatags öffnet der EWSA traditionell seine Türen für die Öffentlichkeit. In diesem Jahr sind die Bürgerinnen und Bürger aus ganz Europa und der Welt aufgrund der COVID-19-Krise jedoch eingeladen, das Haus der Zivilgesellschaft auf

sichere Weise virtuell zu entdecken.

Der Europatag wird jedes Jahr am 9. Mai begangen und erinnert an die Schuman-Erklärung, mit der der Grundstein für unsere heutige Europäische Union gelegt wurde. Dieser Tag ist Anlass, darüber nachzudenken, was durch Solidarität geschaffen wurde und was wir in Zukunft erreichen wollen.

Er bietet auch Gelegenheit, den Bürgerinnen und Bürgern der EU noch deutlicher vor Augen zu führen, dass sie Teil eines größeren Projekts sind, wie in dem gemeinsamen Motto aller EU-Institutionen für den Europatag „GEMEINSAM sind wir stärker“ zum Ausdruck kommt.

Nehmen Sie teil am Europatag und ...

- **entdecken Sie, was der EWSA für Sie tut**, in Form eines 360°-3D-Besuchs: Machen Sie sich ein Bild von uns und unserer Arbeit und erfahren Sie, warum der EWSA und seine Mitglieder unabdingbar sind;
- **entdecken Sie, was die EWSA-Mitglieder in ihren Heimatländern tun**. Lernen Sie mehr darüber, was die Organisationen unserer Mitglieder vor Ort tun, und erfahren Sie, was die EWSA-Mitglieder in ihren Heimatorten unternehmen, um die EU wieder aus der Krise zu führen;
- **besuchen Sie unsere Kulturecke** und entdecken Sie die verschiedenen virtuellen Ausstellungen des EWSA in einem interaktiven und interessanten Format;
- **nehmen Sie live teil an unseren zahlreichen Aktivitäten**. Der Europatag ist vor allem ein Fest des Friedens und der Einheit in Europa. Deshalb gibt es Spiel und Spaß online, einschließlich virtueller Besuche des EWSA, eines Live-Webinars mit EWSA-Mitgliedern, eines digitalen Fotostudios und eines Fotowettbewerbs.

Bleiben Sie dran!

[Europatag 2021](#) | [Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss \(europa.eu\)](#) (cl)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)
Aude François (af)
Chloé Lahousse (cl)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Nicola Accardo (na)
Pablo Ribera Paya (prp)
Stefano Martinelli (sm)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: escinfo@esc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.

EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.

EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.

Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

05/2021